

# BürgerInnenbrief **Mitte**

2. August 2010



## **DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ »Wahr«zeichen +++ Public Viewing +++ Wohnungsmangel +++ HSH +++ Stadtbahn +++ Kulturtipps +++

## Eine Politik der Erschöpfung

von Hans-Joachim Lenger



»Wahrzeichen Elbphilharmonie?

Mitunter kommt einem der Wunsch, sie würde nie zu Ende gebaut werden, die Elbphilharmonie. Man stellt sich dann vor, ihre Kosten wären ins Unbezahlbare gewachsen und irgendein Senatsbeschluss hätte endlich entschieden, sie als Bauruine stehenzulassen. Kein Tschaikowsky, kein Mozart also und kein Brahms; keine lichtdurchflutete Kathedrale der Kultur, die einlaufenden Kreuzfahrern einen exklusiven Abend mit Freunden aus besseren Vierteln verspräche. Stattdessen das verfallende Monument eines Vorhabens, das irgendwann unter der eigenen Schwerkraft implodiert war und folgerichtig eingestellt wurde.

### **In guten Händen**

Gewiss, gewaltige Millionenbeträge müssten dann abgeschrieben werden. Ein »Wahrzeichen« aber hätte Hamburg damit keineswegs verloren. Was für die Elbphilharmonie gilt, betrifft

den Stadtstaat vielmehr längst im Ganzen, für den sie stehen soll. Die Hamburger Rathausparteien scheinen der Probleme nicht mehr Herr zu werden, die sich unter ihrer Verwaltung anhäuferten, und deshalb sind sie in einen Zustand tiefer Erschöpfung eingetreten. Nicht erst der Abgang des Ersten Bürgermeisters und einiger seiner Senatoren belegt das. Zwar hat ein jegliches seine Zeit. Doch kaum wird von dieser Zeit, von dieser »Ära von Beust« mehr als das jugendlich joviale Lächeln in Erinnerung bleiben, mit dem der Bürgermeister seinen Wäh-

Prof. Dr. Hans-Joachim Lenger lehrt Philosophie an der Hochschule für bildende Künste Hamburg. Er lebt in St. Georg, veröffentlichte Bücher und Aufsätze zu Fragen der Metaphysik und ist Mitarbeiter verschiedener Rundfunkanstalten. Im BürgerInnenbrief vom 7.9.2009 schrieb er »In Verteidigung der Gesellschaft. Warum ich im September erstmals zur Wahl gehe«.

lern auf Wahlplakaten einst versprochen hatte, bei ihm »in guten Händen« zu sein.

In guten Händen? Der Verkauf von Krankenhäusern schlug sich in hohen Mehrbelastungen der öffentlichen Haushalte nieder; mühsam soll die Privatisierung der Energieversorgung jetzt durch Re-Kommunalisierungen rückgängig gemacht werden; nichts, auch keine »kreative Buchführung«, kann noch über den desolaten Zustand hinwegtäuschen, in dem der Staatshaushalt festsitzt; noch immer ist ungeklärt, weshalb die HSH Nordbank beim Steuerzahler mit Milliardenkosten zu Buche schlägt, während die Erhöhung der Beiträge für Kindertagesstätten nur ankündigt, zu wessen Lasten im Gegenzug künftige Einsparungen in Milliardenhöhe gehen sollen. Von Beust wusste offenbar, was es bedeutet hätte, sein eigenes Erbe anzutreten. So schlug er es aus und wagte den Absprung.

Doch auch die GAL wird kaum noch stichhaltig erklären können, was sie in der Regierung hält – es sei denn der Druck eines arrivierten Mittelstandes, der neben einigen Privilegien noch Reste eines tradierten Selbstbilds hegen will. Das Kohlekraftwerk Moorburg jedoch wird gebaut, Studiengebühren werden noch immer erhoben, die Schulreform ist gescheitert: Nichts von dem, was sich Wähler der GAL versprochen hatten, wurde durchgesetzt. Geblieben ist die Idee, Hamburg mit einer »Stadtbahn« auszustatten; doch auch die wird sich angesichts kommender Sparprogramme kaum realisieren lassen. Gefragt sind deshalb »neue Themen«, und vorsorglich bittet die SPD ihre Nutzer im Internet schon um Vorschläge, wie Politik für Hamburg zu machen sei, um unter den Einsendern monatlich »tolle Gewinne – und als Hauptpreis einen Apple iPad« zu verlosen.

### Regierungsfähigkeit

So nämlich wird politische Willensbildung endgültig zur Tombola, die ihre Teilnehmer mit geeigneten Hauptpreisen bei Laune hält. Tatsächlich aber handelt es sich nur um Symptome, die auf anderes verweisen. Sie sprechen davon, wie tiefen Erosionen die Systeme der parlamentarischen Demokratie mittlerweile ausgesetzt sind. An die Stelle politischer Programme traten austauschbare Markenzeichen; an die Stelle der Analyse das geschmeidige Sprachdesign; an die Stelle politischen Urteilsvermögens das Umfrageergebnis; an die Stelle des offenen Streits ein Kaleidoskop medialer Effekte. Unendlich spiegelt die »Gesellschaft des Spektakels« (Guy Debord) den *Status quo* nur noch in sich selbst.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise aber ist nicht vorüber; sie schöpft bestenfalls Atem. Vor kurzem erst beschwerte sich die *Bank für Internationalen Zahlungsverkehr* darüber, dass die Staatshaushalte nicht mehr in der Lage seien, die zweite, erst kommende Finanzkrise aufzufangen: Rigide öffentliche Sparprogramme seien umso unvermeidbarer (FR, 28.6.2010). Die Exportindustrie drängt auf eine restriktive Lohnpolitik, um bei der Neuaufteilung der Weltmärkte konkurrenzfähig zu bleiben, wobei auch das Militär assistieren soll. Die Arbeitslosenstatistik wird beruhigt, indem Niedriglohnsektoren ausgeweitet, prekäre Lebensverhältnisse zum Normalzustand werden. Und was beschönigend als »Schuldenbremse« Verfassungsrang er-

hielt, dürfte von der öffentlichen Verwaltung bald als permanente Notverordnung exekutiert werden.

Seither macht nicht zufällig ein Schlagwort die Runde, das mittlerweile zum aktuellen Kampfbegriff avancierte. Es heißt »Regierungsfähigkeit« und war zunächst auf die *Linke* gemünzt gewesen. Aber längst steht die »Regierungsfähigkeit« der politischen Apparate im Ganzen zur Debatte. Nicht nur die um sich greifende Rücktrittswelle bezeugt das. Denn spricht der Zustand des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Kunst und der Kultur, der Rentensysteme und Sozialeinrichtungen, der Energieversorgung und der Verkehrstechniken etwa für eine »Regierungsfähigkeit« des gewählten politischen Personals? Der Zerfall des Sozialen scheint vielmehr unaufhaltsam, und während in einigen Stadtteilen schon Ghettos und Slums wachsen, greifen Depression, Apathie und Resignation weiter um sich. Demonstriert dies tatsächlich die politische Fähigkeit der herrschenden Mächte, die öffentlichen Angelegenheiten im Interesse der Gesellschaft zu ordnen?

Kein Wunder, dass all dies das Publikum bereits ermüdet hat. Längst verabscheut es die Spektakel einer ebenso erschöpften Politik. So förderte auch der letzte Hamburger Volksentscheid zum einen zwar zutage, wie schlagkräftig ein bestimmtes Bürgertum sich mittlerweile zu formieren versteht, sobald wachsendes Elend die eigenen Privilegien berührt. Zum andern aber, dass die Verelenden immer weniger Grund sehen, an Abstimmungen überhaupt noch teilzunehmen. Das wäre nicht einmal beunruhigend, bliebe nicht die Frage, was aus dieser »Verdrossenheit«, diesem Schweigen, dieser Indifferenz und Apathie künftig noch aufsteigen kann.

### Fluchtlinien

Nicht erst die Schill-Partei nämlich, von der sich von Beust einst an die Macht verhelfen ließ, konnte vor Augen führen, wie unversehens sich ein verbreitetes Ressentiment rechtsradikal formieren lässt. Es genügt, abends in den Kneipen zuzuhören. Und wenn es zutrifft, dass 25% auch unter den Anhängern der Linken antisemitische Affekte nicht fremd sind, so ist dies mehr als ein Alarmzeichen. Die Frage, ob ein CDU-Kandidat mit einer schlagenden Verbindung anbändelte, dürfte daneben zumindest verblassen.

Stets antwortet auf eine Politik der Erschöpfung auch eine des dumpfen Ressentiments. In ihr entlädt sich die zurückgestaute, zum Schweigen verurteilte, sprachlose Wut jener, die sich als Opfer nicht nur erleben, sondern genießen – und deshalb andere in Opfer dieses Selbstgenusses zu verwandeln suchen. Und das berührt Fragen, die keiner Ökonomie mehr gehorchen, jeder »Regierungsfähigkeit« entgehen.

Was austauschbar und ersetzbar ist, notiert der Philosoph der Aufklärung, Immanuel Kant, an einer Stelle, hat einen Wert; nur das, was *unersetzbar* ist, hat eine Würde. Die Diktatur der Ökonomie aber verwandelt alles in diesen austauschbaren Wert. Sie macht den Unterworfenen zur Erfahrung, in jeder Lebensregung ersetzbar zu sein, und unterzieht sie umso brutaler den Exerzitien einer beständigen Demütigung: nicht effizient, nicht beweglich, nicht zurückhaltend genug zu sein – wo sie, bei Licht besehen, doch bestenfalls noch geduldet

und durchgefüttert würden. Sprachlose, sich selbst undurchschaute Wut bleibt da zurück, die ihren Ausdruck noch sucht, aber zweifellos finden wird.

Nicht ausgeschlossen, dass dies die Grenze ist, an welche die *Linke* bereits gestoßen ist oder stoßen wird. Denn so unverzichtbar es ist, die Mechanismen der Ökonomie, von Reichtum und Elend offenzulegen und auf ihre Veränderbarkeit hin zu befragen, so wenig berührt dies schon die Frage, die Kant mit dem Begriff der »Würde« aufwirft. Auch wer von Sozialhilfe

abhängig ist, bleibt abhängig, auf Wert und Preis festgelegt noch dort, wo ihm die ausbezahlte Summe erhöht wird.

So wenig solche Fragen also nur »ökonomischer« Natur sind, so wenig sind sie einfach politik- oder regierungsfähig. Nicht einmal finden sie Obdach in den Palästen der Kultur, halten bestenfalls offen, was man »Kultur« nennen könnte.

Und tatsächlich, vielleicht sollte man sich nicht zuletzt deshalb wünschen, die Elbphilharmonie bliebe als Bauruine zurück. So würde sie tatsächlich ein »Wahrzeichen«.

## »Das hat sich gerechnet« – aber für wen?



Public Private Viewing auf dem Heiligengeistfeld

Meine Zustimmung zum »Public Viewing« auf dem Heiligengeistfeld stieß nicht nur auf Zuspruch; sicherlich zu Recht hatten Mitglieder der LINKEN auf St. Pauli eingewendet, dass mit diesem wochenlangen Megaereignis erneut große Belastungen (Lärm, Zuparken etc.) der Nachbarschaft einhergehen.

Der Vorbehalt gegen diese Großveranstaltung ist umso berechtigter, wenn man sich den Umgang des Senats damit genauer ansieht. Nachdem die Stadt das Public Viewing anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2006 über ihre »Hamburg Marketing GmbH« abgewickelt hatte und zur Fußball-Europameisterschaft 2008 die Sportbehörde zuständig war, ist das Ereignis im Sommer 2010 dem privaten Veranstalter »uwe bergmann agentur« überlassen worden – und zwar ohne Ausschreibung, »auf eigene Initiative«, wie der Senat auf meine Kleine Anfrage mitteilte. Und die rein privatwirtschaftlich ausgerichtete »uba GmbH« bekam reichlich städtische Unterstützung. So wurde das Public Viewing 2010

- mit 150.000 Euro (zuzüglich Mehrwertsteuer) aus der »Hamburg Marketing GmbH« bezuschusst,
- durch ein Gebührenverzicht für die Nutzung des Heiligengeistfelds überhaupt erst ermöglicht,
- »durch die entgeltfreie Bereitstellung von Plakatflächen aus den städtischen Werberechtsverträgen« und
- die gebührenfreie Mitwirkung von Polizei und Feuerwehr gefördert.

All dies darf wohl als kräftige Finanzspritze der Freien und Hansestadt Hamburg für die uba GmbH des Uwe Bergmann bezeichnet werden. Und das in einer wirtschafts- und finanzpolitischen Situation, in der Hamburg jeden Euro dringend benötigt, um die Haushaltslöcher zu stopfen oder auch nur die dringend notwendige Sanierung etlicher Sportstätten anzugehen. Stattdessen wird wohl die erneuerte schwarz-grüne Landesregierung mit dem neuen Bürgermeister an der Spitze – so er denn Ende August ins Amt kommt – Tausende Stellen

im Öffentlichen Dienst streichen und an anderen Stellen kürzen und so Akzente setzen.

Uwe Bergmann hat in der »Morgenpost vom 29.7.2010 festgehalten: »ja, das Fest hat sich für uns gerechnet«. Gleichzeitig hat die Stadt zugebuttert und auf jegliche Gewinnbeteiligung verzichtet, das darf ich jedenfalls der Antwort des Senats auf

meine Anfrage entnehmen, der sich darin ansonsten um konkrete Daten zu Ausgaben und Einnahmen des Events herumdrückt.

Insofern war nicht nur die Kritik wegen der Belästigung der AnwohnerInnen durch das »Public Viewing« auf dem Heiligengeistfeld berechtigt.

## Wohnungsmangel, Büroüberhang & Mietwucher



Koppel 95 in St. Georg: Der Senat weiß nichts von Leerstand...

»Wir haben eine schreiende Wohnungsnot!«, hatte ich den Wohnungsbaukoordinator der Stadt, Michael Sachs, im letzten BürgerInnenbrief zitiert. Die aktuellen Meldungen über die Lage auf dem Wohnungsmarkt bestätigen diese Aussage leider aufs Nachdrücklichste.

Das Immobilienportal »Immowelt« stellt in seiner jüngsten Markterhebung fest, dass »günstiger Wohnraum immer knapper wird«. Die Quadratmeterpreise bei Neuvermietungen liegen danach in St. Georg und der HafenCity zwischen 11 und 16 Euro (Hamburger Abendblatt vom 26.7.2010). An anderer Stelle heißt es, dass Hamburg einen bundesweiten »Spitzenplatz bei den Mietpreisen für Wohngemeinschaften« belegt; Singlewohnungen kosten hier bis zu 11,20 Euro/qm, Wohngemeinschaften müssen in den teuersten Wohnungen bis zu 10,00 Euro/qm bezahlen (Hamburger Abendblatt vom 28.7.2010).

Besonders die benachteiligten Bevölkerungsgruppen haben unter dem wachsenden Wohnungsmangel und den massiven Mietpreiserhöhungen zu leiden. »Der Hamburger Se-

nat tut sich schwer, Unterkünfte für wohnungslos gewordene Familien bereitzustellen« heißt es z.B. in der taz nord vom 14.6.2010. Besonders betroffen sind in der Tat die Menschen ohne Obdach: »Pik As« platzt aus allen Nähten«, schreibt die Morgenpost am 28.7.2010 über die Zustände in der Obdachlosenunterkunft.

In einer Kleinen Anfrage will ich vom Senat wissen, warum die Notschlafstellen gerade jetzt im Sommer knapp geworden sind – auch, um Material und Daten für eine neuerliche Initiative zur Verbesserung der Übernachtungsmöglichkeiten von Obdachlosen zusammenzutragen.

Wie auch immer die Antwort ausfallen wird – klar ist, dass deutlich zu wenig neue Wohnungen gebaut werden. Vollmundig kündigte die SAGA GWG anlässlich der Vorstellung ihres »Konzernberichts 2009« an, bis 2015 rund 2.000 neue Wohnungen zu errichten. Nötig wäre aber der Neubau von jährlich 5.000 bis 6.000 (Sozial-)Wohnungen.

Doch die Stadt bzw. ihr öffentliches Wohnungsunternehmen versagt nicht nur bei den Neubaukapazitäten: Gerade

hat der Verein »Mieter helfen Mietern« nach kurzer Recherche festgestellt, dass alleine im Schanzenviertel rund 40 Wohnungen seit längerem leer stehen. Die HausbesitzerInnen spekulieren auf Abbruch und (noch) bessere Zeiten, die laut »Wohnraumschutzgesetz« eigentlich zum Handeln aufgefordert behördlichen Stellen sehen offenbar gezielt weg. Das zeigt auch das Beispiel eines seit mehr als zehn Jahren leer stehenden Gebäudes in St. Georg: Der Leerstand des Hauses Koppel 95 sei dem Bezirksamt Mitte »bislang nicht bekannt« gewesen, ließ der Senat verlauten, und man würde auch von keinem anderen Leerstandsobjekt in St. Georg wissen... (siehe BürgerInnenbrief vom 19. Juli 2010) Die Forderung von »Mieter helfen Mietern« nach Einführung einer Meldepflicht für leer stehende Wohnungen, damit die verantwortlichen Bezirksämter sich nicht mehr herausreden können, kann ich nur nachdrücklich unterstützen.

Ähnlich sieht es mit der Zweckentfremdung von 30.000 bis 40.000 Wohnungen aus (so die Schätzung des Vorsitzenden des Mietervereins zu Hamburg im Deutschen Mieterbund, Eckhard Pahlke), auch hier scheint sich auf Senats- oder Bezirksebene niemand damit zu beschäftigen.

Was boomt, ist der Büroneubau. Alleine in der HafenCity entsteht derzeit so viel Büroraum, wie er anderswo bereits leer steht: etwa 1,33 Mio. Quadratmeter, davon alleine in der Innenstadt 290.000 qm (Hamburger Abendblatt vom 9.7.2010). Zu Recht fordert der Mieterverein zu Hamburg, endlich leer stehenden Büro- in Wohnraum umzuwidmen. Und die Stadt sollte schleunigst prüfen, welche Gewerbeflächen zur Wohnbebauung freigegeben werden könnten.

Wie irrational die Stadtentwicklungspolitik unter Schwarz-Grün läuft, zeigt sich vor allem in der HafenCity. Hier entstehen ca. 5.800 Wohnungen für rund 15.000 Menschen, gleichzeitig werden Bürokapazitäten für ca. 45.000 Menschen geschaffen. »Büroraum zu vermieten« verkünden Schilder

dort allerorten, obwohl erst ein Teil der Gebäude fertiggestellt ist. Insofern ist die Ankündigung von InitiatorInnen, demnächst einmal zu schauen, ob nicht der leer stehende »Asstratum« auf St. Pauli für Wohn- und andere Zwecke geeignet ist, nur zu verständlich...

Wohnungsmangel und Büroüberhang sind Skandale schon genug. Die überhöhten Mieten und teilweise erbärmlichen Zustände in Wohnungen, die vor allem Hartz IV-BezieherInnen bewohnt werden, und für die die Stadt die Mietkosten übernimmt, sind ein weiterer. Aufgeschreckt durch die Berichterstattung über den Vermieter Kuhlmann, CDU-Deputierter in der Sozialbehörde, hat eben diese Behörde inzwischen in 107 »Fällen« den Verdacht auf Mietbetrug und Mietwucher ausgesprochen. Das ist aber vermutlich nur die Spitze des Eisberges: Die bekannt gewordenen Fälle der deutlich überzogenen Mieten, der falschen Quadratmeterzahlen und der teilweise katastrophalen Wohnungsverhältnisse vor allem eines Vermieters Kuhlmann werfen ein bezeichnendes Licht auf die – auch mangels Personals – viel zu lax durchgeführte Kontrolle der Vermieter und der Mietverhältnisse seitens der zuständigen Fachbehörde bzw. von team.arbeit.hamburg. Der »Wohnungsmarkt« ist offenbar derart leer gefegt, dass Menschen auch mit unzumutbaren Wohn- und Mietbedingungen vorlieb nehmen. Spekulanten und Miethaie nutzen diese Situation schamlos aus. Diese Betrügereien müssen scharf geahndet, die Kontrollmechanismen und -instrumente der Fachbehörde nachhaltig verbessert und das Personal gegebenenfalls ausgeweitet werden.

Noch wichtiger aber ist, dass dieser Miet- und Staatsabzocke das Wasser abgegraben und jährlich wieder 6.000 bis 7.000 vor allem Sozialwohnungen neu gebaut werden. Die Freie und Hansestadt Hamburg und ihr Wohnungsunternehmen SAGA GWG dürfen nicht aus ihrer sozialen Verpflichtung entlassen werden.

## Energie und Arbeit: Stadtwerke in öffentlicher Hand?

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe  
»Atomkraft abschaffen! – Die Zukunft ist erneuerbar!« diskutieren

- Wolfgang Rose, ver.di
- Manfred Braasch, BUND Hamburg, und
- Joachim Bischoff, DIE LINKE Hamburg

am **Donnerstag, den 12.8. um 19:30 Uhr**  
im Hamburger Rathaus (Raum 151), Am Rathausmarkt 1

Die Veranstaltung ist Bestandteil der Vorbereitung auf eine bundesweite Energiekonferenz der Linksfractionen Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und der Bundestagsfraktion am 3./4. September in der »Fabrik« in Hamburg-Altona (u.a. mit Frank Bsirske, Hermann Scheer, Gesine Löttsch)



## Schärfstes Schwert der Opposition gegen HSH



Laut Presseberichterstattung fühlt sich die Bankenaufsicht BaFin von der HSH Nordbank getäuscht. Nach Berichten mehrerer Medien versuchen die Verantwortlichen gegenüber der Bankenaufsicht, Einzelheiten zweifelhafter Milliardenengeschäfte aus dem Jahr 2007 herunterzuspielen. Ein Sprecher des Unternehmens wies diese Berichte zurück.

Nach Ansicht der Bankenaufsicht hat die Bank nur unzureichend auf deutliche Nachfragen der BaFin reagiert, selbst als umstrittene Geschäfte längst in den Medien diskutiert wurden. Zudem sehen die Ermittler offenbar bisherige Rechtsgutachten, die den Chef der HSH Nordbank, Dirk Jens Nonnenmacher, entlasten, äußerst kritisch. Konkret geht es um ein Gutachten der Kanzlei Freshfields, das HSH-Aufsichtsratschef Hilmar Kopper bisher als wegweisend bezeichnet hatte. In dem unter Verschluss gehaltenen Papier wird vor allem HSH-Chef Nonnenmacher von dem Vorwurf der Pflichtverstöße entlastet. Die Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt außer gegen Nonnenmacher auch noch gegen weitere ehemalige oder amtierende Manager der Bank. Dabei geht es um den Vorwurf, dass mit fragwürdigen Finanzgeschäften Bankvermögen veruntreut wurde.

Dieses Unbehagen der Bankenaufsicht BaFin über die HSH Nordbank ist allerdings selbst nicht frei von Merkwürdigkeiten. Die Bankenaufsicht wurde keineswegs nur unzureichend über Transaktionen Ende des Geschäftsjahrs 2007 unterrichtet. Die HSH Nordbank hatte so genannte Verbriefungen und strukturierte Wertpapiere im Volumen von 17,3 Milliarden Euro als Last-minute-Geschäfte ausgelagert, um die Kapitalkennziffern in der Jahresbilanz besser ausfallen zu lassen. Bei diesen Transaktionen fielen zum einen erhebliche Wertberichtigungen an; zum anderen wurden sie innerhalb weniger Monate zurückabgewickelt, womit zugleich enorme Kosten verbunden waren. Die Bankenaufsicht mag sich über diese fragwürdigen Geschäftsoperationen unzureichend informiert fühlen, war es aber nicht.

Schlimmer ist jedoch, dass die BaFin der Bank im kritischen Jahr 2007 mehrfach attestierte, dass in ihr zahlreiche und teils gewichtige Mängel existierten. Diese Mängel wurden nicht abgestellt und im nachfolgenden Geschäftsjahr, bei dem die Bank ohne Garantien des Sonderfonds SoFFin mit Sicherheit in die Insolvenz gegangen wäre, erneut von den Wirtschaftsprüfern festgestellt. Mehr noch: Das Bankmanage-

ment behauptet in einem Bericht der Internen Revision, die BaFin habe ihr eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation attestiert. Diese Darstellung – so die Bankenkontrolleure – sei irreführend und nicht akzeptabel.

Was also ist von einer Bank zu halten, die zum überwiegenden Teil im Besitz öffentlicher Eigentümer ist, die schwerwiegende Mängel der Geschäftsorganisation nicht abstellt und die Kritik der Bankenaufsicht irreführend darstellt? Und was ist von einer Bankenaufsicht zu halten, die sich über einen längeren Zeitraum mit schwerwiegenden Mängeln abfindet, sich eine Täuschung durch die Bank gefallen lässt und jetzt – nach erheblichen Verlusten – beklagt, sie sei nicht korrekt, wie durch die Gesetze eigentlich vorgeschrieben, informiert worden?

Wie an anderer Stelle – siehe das Fiasko der Hypo Real Estate – auch kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass Banken und Aufsicht gleichermaßen das gesellschaftspolitische Problem darstellen. Nach dem berühmten Bankensupergau sollten Banken und ihre Kontrolleure eigentlich zügig andere, d.h. schärfere Regeln erhalten. Doch bis heute wird bekanntlich an diesen Regeln erst noch herumgedoktert.

Das wirft die noch wichtigere Frage auf: Könnten nicht Staatsanwaltschaften und parlamentarische Untersuchungsausschüsse gegenüber diesem offenkundigen Fehlverhalten mehr tun?

Die Staatsanwälte ermitteln bei allen Landesbanken, bei denen viel Vermögen verloren gegangen ist. Zu Anklagen wegen schwerer Untreue und entsprechenden Prozessen ist es bislang nicht gekommen.

Die Süddeutsche Zeitung beschäftigte sich im Juli mit der Frage, warum aus den Untersuchungsausschüssen wenig bis nichts herauskommt. Sie könnte auch den Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank vor Augen gehabt haben.

Angeblich ist der parlamentarische Untersuchungsausschuss das »schärfste Schwert der Opposition«. Kaum ein Skandal, bei dem er nicht mit großer Geste eingesetzt wird, um Licht in düstere Machenschaften zu bringen. Meist reicht dafür ein Viertel oder ein Fünftel der Stimmen im Parlament. Doch das Schwert ist stumpf. Es ist für die Mehrheit erschreckend einfach, die Aufklärung auszubremsen. Ein Einblick in die Maschinerie der Macht, verpackt in Tipps für die Machthabenden: So machen Sie jeden U-Ausschuss zur Farce.

1. Ein U-Ausschuss dient unangenehmerweise dazu, etwas an die Öffentlichkeit zu bringen, was Sie dort lieber nicht sehen wollen. Erreichen Sie, dass die Öffentlichkeit möglichst schnell das Interesse verliert! Erweitern Sie den Untersuchungsauftrag vom Zeitraum des eigentlichen Skandals auf die Vorgeschichte, gehen Sie weit, weit zurück. Spätestens nach der 20. Sitzung verlieren auch hartnäckige Reporter die Lust.
2. Stempeln Sie alle Dokumente als »Geheim«. Das trifft sogar offizielle Pressemitteilungen von Ministerien oder Staatsanwaltschaften. Geheimpapiere sind ohnehin tabu, selbst wenn über sie schon ausführlich in der Presse berichtet wurde. Vergessen Sie nie: Klagen beim Bundesgerichtshof haben in der Regel erst Erfolg, wenn die Legislaturperiode und damit auch der Untersuchungsausschuss zu Ende sind.
3. Freuen Sie sich darüber, dass Zeitungsjournalisten mit ihren Artikeln so früh fertig sein müssen. Lassen Sie sich Zeit! Hören Sie spannende Zeugen grundsätzlich als letzte. Als Faustregel gilt: Je dunkler es draußen schon ist, desto sicherer.

Die Süddeutsche zählt noch weitere Tricks auf. Aber schon die drei wichtigsten haben in Hamburg ihre volle Wirkung entfaltet.

Ein gutes Jahr ist jetzt parallel zu der Staatsanwaltschaft ermittelt worden. Die Ergebnisse sind bescheiden und in der

veröffentlichten Meinung ist der Skandalfall HSH Nordbank abgearbeitet.

Bis heute konnte die Führung der Bank dem Ausschuss die vollständigen Protokolle der Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat vorenthalten. Es liegen unvollständige und zum Teil geschwärzte Protokolle vor, weil es angeblich schutzwürdige Geschäftsgeheimnisse gibt. Und: Nachdem die Bank im Herbst 2008 vor der Insolvenz stand, haben die zuständigen Wirtschaftsprüfer eine beträchtlich lange Liste von grundlegenden Mängeln aufgelistet, nach deren Kenntnis man sich fragt, warum die BaFin nicht längst eingegriffen hat. Die BaFin wusste Bescheid und hatte selbst Mitte 2007 eine Prüfung in der Bank durchgeführt. Das Gutachten ist selbstverständlich geheim, musste in der Bank nicht beachtet und durfte auch vom parlamentarischen Untersuchungsausschuss nur unter verschärften Sicherheitsauflagen eingesehen werden. Es durften keine Notizen gemacht und auch keine Textstellen öffentlich kommuniziert werden. Absurd: Denn hier werden keine Geschäftsgeheimnisse geschützt. Geschützt wird lediglich, was allseits bekannt ist.

Jahrelang hat das Management der HSH Nordbank keine den aufsichtsrechtlichen Regelungen entsprechende Geschäftsorganisation zustande gebracht. Die BaFin hat moniert, ist nicht eingeschritten und hat sich an der Nase herumführen lassen.

Soviel zum Thema »schärfstes Schwert der Opposition«.

## Zwei neue Volksinitiativen



Die Initiatoren (Vertrauensleute) der Volksinitiative »Die Stadt gehört uns – Keine Privatisierung gegen den Bürgerwillen« Angelika Detsch, Wolfgang Rose, Agnes Schreieder (alles Mitglieder der ver.di Landesbezirksleitung Hamburg) argumentieren wie folgt:

»Öffentliche Unternehmen dienen dem Gemeinwohl, der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur, nicht dem Gewinnstreben privater Eigentümer. Öffentliche Unternehmen gehören den Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs. Sie wurden aus ihren Steuern aufgebaut. Ein Verkauf, auch von Anteilen, darf nicht ohne Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen...

Der Verkauf des über Generationen aufgebauten städtischen Besitzes ist der falsche Weg. Was weg ist, ist weg.

Das wollen wir nicht zulassen. Darum bitten wir die Hamburgerinnen und Hamburg um ihre Stimme – damit sie ein Vetorecht haben beim nächsten Privatisierungsversuch.

Kontakt: ver.di Hamburg, Landesbezirksleiter, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Tel.: 040-2858-1120, E-Mail: wolfgang.rose@verdi.de  
www.hamburg.verdi.de

Unser Hamburg  
Unser Netz

Energiewende Jetzt!



Die von Attac Hamburg, BUND Hamburg, Diakonie und Bildung des Ev.-Luth. Kirchenkreises Hamburg-Ost, Initiative Moorburgtrasse stoppen, ROBIN WOOD, Verbraucherzentrale Hamburg initiierte Volksinitiative »Unser Hamburg – Unser Netz« fordert zentral:

»Wir wollen erreichen, dass Hamburg diese Netze wieder in die öffentliche Hand übernimmt! Bis Ende 2012 hat der Hamburger Senat die Möglichkeit, die Konzessionsverträge mit Vattenfall und E.on zu kündigen. Und eben dazu können wir Hamburger und Hamburgerinnen ihn per Volksentscheid verbindlich verpflichten.

Die Rekommunalisierung der Netze ist für uns eine zentrale Voraussetzung, um die Energiepolitik der Stadt Hamburg klimafreundlicher und sozial gerechter zu gestalten und sie einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen.«

Kontakt: Unser Hamburg – Unser Netz, c/o BUND Hamburg, Lange Reihe 29, 20099 Hamburg, Telefon: 040-600 387-17, Fax: 040-600 387-20; info@unser-netz-hamburg.de  
www.unser-netz-hamburg.de

## Stadtbahn durchgerechnet?



Stadtbahn-Vorbild für die CDU: Nizza

Ende Juli meldete sich der »Bund der Steuerzahler Hamburg e.V.« zu Wort und stellte die erst kürzlich vorgelegte Finanzplanung für die neue Stadtbahn – derzeit wohl das einzige verbliebene Projekt des schwarz-grünen Senats, das vor allem von der GAL vorangetrieben wird – in Frage. Kritisiert wird auch in diesem Fall eine »kreative Buchführung«, die der zurückgetretene Bürgermeister Ole von Beust eingeräumt hatte. Drei Argumente werden vorgebracht:

- Die HOCHBAHN soll nach der offiziellen Finanzierungsplanung einen Investitionsanteil von 109 Mio. Euro übernehmen. Die 100-prozentige Tochtergesellschaft der Freien und Hansestadt Hamburg benötigt jedoch seit Jahren einen städtischen Zuschuss, weil regelmäßig negative Betriebsergebnisse erwirtschaftet wurden (zuletzt 58,4 Mio. Euro). Der Steuerzahlerbund sieht in der Übernahme eines Teils der Stadtbahn-Investitionen eine Umwegfinanzierung. Mit der Übernahme des Großteils der Investitionskosten steigt der öffentliche Zuschuss für die HOCHBAHN.
- Darüber hinaus gebe es weitere Unsicherheiten, weil die avisierte Bundesförderung in Höhe von 74 Mio. Euro nicht gesichert sei. Insbesondere ist fraglich, ob das Bundesverkehrsministerium Investitionen für ein Projekt zur Verfügung stellt, das über Jahre hinweg nicht wirtschaftlich betrieben werden kann.
- Gegenüber dem Bund der Steuerzahler konnte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) keine Netzstrecke benennen, auf der auf absehbare Zeit mit einem wirtschaftlichen Betrieb der Stadtbahn zu rechnen sei. Stattdessen wurde erklärt, das Zielnetz sei auf einen wirtschaftlichen Betrieb ausgerichtet. Dies aber bedeutet, dass mindestens 52 Streckenkilometer nötig sind, bis sich die Stadtbahn rechnet. Bis dahin entsteht ein jährliches Defizit, das aus dem Betriebshaushalt der HOCHBAHN ausgeglichen werden muss.

BSU und HOCHBAHN weisen die Kritik des Steuerzahlerbundes zurück; die Vorwürfe entbehrten jeder Grundlage.

Die vorgestellte Finanzplanung sei solide und seriös, umfassend und transparent dargestellt worden. Es habe mit »kreativer Buchführung« nicht das Geringste zu tun, wenn die HOCHBAHN im Rahmen ihrer Investitionsplanung die Kosten für den Betriebshof und die Fahrzeuge übernimmt.

Die Stadtbahn ist an sich ein wirtschaftlich und ökologisch sinnvolles Projekt. Allerdings hatte ich schon bei der Vorstellung der Finanzierung Zweifel angemeldet, ob die vorgestellten Zahlen belastbar sind. Eine Realisierung des Projektes ist mit Blick auf die finanzielle Situation der Stadt nur zu vertreten, wenn der beträchtliche Finanzierungsanteil seitens der HOCHBAHN nicht durch höhere Zuschüsse durch die Stadt erkaufte wird. Entscheidend ist, ab welchem Streckenkilometer und bei welchen Preisen die Stadtbahn ohne öffentliche Zuschüsse auskommt. Entscheidend ist auch, ob die Stadtbahn wirklich ein Mobilitätsbedürfnis trifft. Eine Darstellung der Wirtschaftlichkeit liegt der Hamburgischen Bürgerschaft bislang nicht vor und muss bei der definitiven Entscheidung die zentrale Rolle spielen. Die Kosten für den Betriebsbahnhof und die Züge etc. werden auf die Fahrpreise umgelegt, insofern sind die Kosten für den laufenden Betrieb entscheidend.

DIE LINKE hat immer unterstrichen, dass nicht planlos und flächendeckend gespart werden darf. Und sie hat sich für eine zukunftsorientierte Strukturpolitik eingesetzt. Es ist sinnvoll, Zukunftsinvestitionen zu tätigen, die der großen Mehrheit der Bevölkerung nutzen. Dazu zählen – neben zusätzlichen Ausgaben im Schul- und Hochschulwesen, dem verstärkten und nachhaltigen Neubau von Sozialwohnungen – die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs und die Schaffung der Stadtbahn. Begleitet werden muss eine solche Strukturpolitik von einer rigorosen Überprüfung sämtlicher städtischen Ausgaben. Das schließt die Überprüfung einer Wirtschaftlichkeit dieses Projektes ebenso ein wie den Verzicht auf alle überflüssigen Events und Leuchtturmprojekte.



# Unabhängig machen & Hamburgs hoher Norden



Das älteste Gebäude Hamburgs: der Leuchtturm von Neuwerk

Ziel der politischen Bildung muss sein, »die Regierten von den Regierenden intellektuell unabhängig zu machen«. Mit diesem Satz von Antonio Gramsci auf dem Deckblatt ist soeben das **Bildungsprogramm** der Hamburger LINKEN für die zweite Jahreshälfte erschienen. Insgesamt 13 Abend- und Wochenendveranstaltungen im Zeitraum August bis Dezember 2010 werden angeboten.

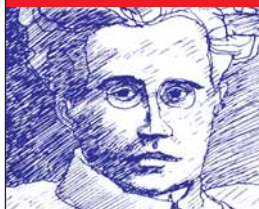
Im Zwei-drei-Wochenabstand finden immer mittwochs von 18:30 bis 21:00 Uhr interessante Abendveranstaltungen statt, die die Palette kritischer, linker Themenfelder (Finanzmärkte, Frauen, Freier Markt?, DIE LINKE als plurale Partei, Rechtspopulismus, FairTeilen und bedingungsloses Grundeinkommen, 40 Jahre Neue Frauenbewegung, Krieg und Frieden) behandeln. Zudem werden Wochenendseminare angeboten (u.a. zu Gentrifizierung und Recht auf Stadt, Soziale Gerechtigkeit, Rhetorik für Frauen, Linke Kommunalpolitik). Alle Veranstaltungen sind kostenfrei und nicht nur für Parteimitglieder offen. Nähere Informationen zu Termin, Ort und Inhalt der einzelnen Veranstaltungen finden sich im Netz unter [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

Das Ziel der politischen Bildung muss es daher sein, »die Regierten von den Regierenden intellektuell unabhängig zu machen«.

Antonio Gramsci

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND HAMBURG

Wieder lernen!  
2. Halbjahr 2010



hh.de. Die Printfassung ist im Büro der LINKEN, Kreuzweg 7, 20099 Hamburg, zu erhalten.

Bevor die Weiterbildung anläuft und der politische Alltag in der Stadt uns mit neuen Herausforderungen konfrontiert, ist noch ein wenig Zeit, den Sommer und die Ferienzeit zu genießen. **Ich wünsche allen LeserInnen des BürgerInnenbriefs weitere sonnige und entspannte Wochen.** Wer dafür aus der Stadt hinaus und doch in ihr bleiben will, der/dem kann ich einen Besuch auf der **Insel Neuwerk** in der Elbmündung bei Cuxhaven nur empfehlen. Sie ist der nordwestlichste »Zipfel« der Freien und Hansestadt Hamburg, gehört zum Bezirk Mitte und beherbergt Hamburgs ältestes Gebäude, das jüngst auch auf einer 45-Cent-Briefmarke der Bundespost verewigt wurde.

Wir haben die Insel Anfang Juli im Rahmen eines »Betriebsausfluges« erkundet und dabei viel Wissenswertes über die Geschichte, über Watt, Küsten- und Vogelschutz erfahren.

Neuwerk ist mit der Bahn via Cuxhaven und dann mit dem Wattwagen oder mit dem Schiff in zweieinhalb Stunden zu erreichen.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de](mailto:joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**